

Materialien

für die 1. Tagung
des 2. Stadtparteitages

am 30. Januar 2010
Veranstaltungssaal LVB,
Angerbrücke, Jahnallee 56

DIE LINKE.

Inhaltsverzeichnis

Tagesordnung	Seite 3
Zeitplan	Seite 4
Geschäftsordnung	Seite 5
Wahlordnung	Seite 7
Rechenschaftsbericht Stadtvorstand	Seite 9
Tätigkeitsbericht Finanzrevisionskommission	Seite 21
Antrag A.1. – Größe des Stadtvorstandes	Seite 23
Antrag A.2. – Größe der Schlichtungskommission und der Finanzrevisionskommission	Seite 24
Antrag A.3. – Acht-Punkte-Aktionsprogramm DIE LINKE. Leipzig für 2010	Seite 25
Antrag A.4. – Sozialpolitische Leitlinien	Seite 27
Antrag A.5. – Antrag Dr. Willnow	Seite 34

Tagesordnung

- 1
 - 2
 - 3
 - 4
 - 5
 - 6
 - 7
 - 8
 - 9
 - 10
 - 11
 - 12
 - 13
 - 14
 - 15
 - 16
 - 17
 - 18
 - 19
 - 20
 - 21
 - 22
 - 23
 - 24
 - 25
 - 26
 - 27
 - 28
1. Eröffnung und Begrüßung
 2. Konstituierung des 2. Stadtparteitages (Wahl der Versammlungsleitung und der Kommissionen, Beschlüsse GO, WO, Tagesordnung, Zeitplan)
 3. Referat des Vorsitzenden
 4. Bericht der Finanzrevisionskommission
 5. Bericht der Schlichtungskommission
 6. Diskussion
 7. Bericht der Mandatsprüfungskommission
 8. Entlastung des Stadtvorstandes
 9. Vorstellung und Wahlen:
 - a. Stadtvorstand
 - i. Vorsitzende/r
 - ii. Stellvertretende Vorsitzende
 - iii. Stellvertretender Vorsitzender
 - iv. Schatzmeister/in
 - v. Jugend Frauenliste
 - vi. Jugend allgemeine Liste
 - vii. Frauenliste
 - viii. allgemeine Liste
 - b. Finanzrevisionskommission
 - c. Schlichtungskommission
 - d. Mitglieder des Landesrates
 - e. Delegierte zum Bundesparteitag
 - f. Delegierte zur Landesseniorenkonferenz
 10. Anträge (u. a. Sozialpolitische Leitlinien)
 11. Schlusswort

Zeitplan

1		
2	9:00 Uhr	Eröffnung und Begrüßung
3	9:15 Uhr	Konstituierung des 2. Stadtparteitages (Wahl der Versammlungsleitung und der
4		Kommissionen, Beschlüsse GO, WO, Tagesordnung, Zeitplan)
5	9:45 Uhr	Referat des Vorsitzenden
6	10:15 Uhr	Bericht der Finanzrevisionskommission
7	10:25 Uhr	Bericht der Schlichtungskommission
8	10:35 Uhr	Diskussion
9	12:00 Uhr	Mittagspause
10	12:45 Uhr	Bericht der Mandatsprüfungskommission
11	13:00 Uhr	Vorstellung und Wahlen zum Stadtvorstand (Einzelwahlen)
12	13:30 Uhr	Vorstellung und Wahlen Stadtvorstand Jugendliste, Mitglieder Landesrat (Frauen) und
13		Delegierte Bundesparteitag (Jugendliste)
14	14:00 Uhr	Vorstellung und Wahlen Stadtvorstand Frauenliste, Mitglieder Landesrat (allgemeine
15		Liste) und Delegierte Bundesparteitag (Frauenliste)
16	15:00 Uhr	Vorstellung und Wahlen Stadtvorstand allgemeine Liste, Delegierte zur
17		Landessenorenkonferenz (Wahlberechtigt: Delegierte über 60 Jahre) und Delegierte
18		zum Bundesparteitag (allgemeine Liste)
19	16:00 Uhr	Vorstellung und Wahl der Finanzrevisionskommission und der Schlichtungs-
20		kommission
21	16:45 Uhr	Anträge (u. a. Sozialpolitische Leitlinien)
22	17:45 Uhr	Schlusswort

Geschäftsordnung 2. Stadtparteitag DIE LINKE. Leipzig

1. Der Stadtparteitag wird durch die Tagungsleitung geleitet. Diese wird in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit gewählt. Die Tagungsleitung besteht aus sieben Delegierten.

2. Die Mandatsprüfungs-, Redaktions- und Wahlkommission werden in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit gewählt.

3. Die Mandatsprüfungskommission entscheidet über die Rechtmäßigkeit von Delegierungen. Organisationen der Basis und Zusammenschlüssen, die den Frauenanteil (entsprechend der Mindestquotierung von 50 %) nicht eingehalten haben, bleiben die den Frauen vorbehaltenen Mandate unbesetzt. Organisationen der Basis, deren Frauenanteil bei weniger als 25 Prozent liegt, können im Einzelfall Ausnahmen beschließen.

4. Die Mandatsprüfungskommission stellt die Beschlussfähigkeit fest. Sie ist gegeben, wenn entsprechend ihres Berichtes mindestens 50 % der Delegierten Frauen und mehr als 50 % der Delegierten anwesend sind. Für die Feststellung der Anwesenheit sind die Anmeldelisten der Mandatsprüfungskommission relevant.

5. Die Wahlkommission besteht aus einer/einem Vorsitzenden, einer/einem Stellvertreter/in sowie mindestens fünf weiteren Mitgliedern. Zur ordnungsgemäßen Wahldurchführung kann sie Helfer/innen, die selbst nicht zur Wahl stehen, heranziehen. Über den Abschluss von Kandidatenlisten entscheidet nach Antrag der Tagungsleitung die Versammlung mit einfacher Mehrheit.

6. Die Antragskommission ist für die redaktionelle Überarbeitung von Anträgen zuständig und schlägt dem Stadtparteitag Verfahrensweisen zum Umgang mit Anträgen vor.

7. Der Ablauf des Stadtparteitages wird nach der beschlossenen Tagesordnung und dem Zeitplan geregelt. Eine Veränderung der Tagesordnung und des Zeitplanes während des Stadtparteitages bedarf der Zustimmung von 2/3 der anwesenden Delegierten. Antrag auf „Abschluss der Debatte“ können nur Delegierte stellen, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben. Vor dieser Abstimmung wird die Rednerliste verlesen.

8. Beschluss- und Rederecht haben die gewählten Delegierten. Mitglieder der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, im Sächsischen Landtag sowie der Linksfraktion im Leipziger Stadtrat, Mitglieder des Bundes-, Landes- und Stadtvorstandes Leipzig DER LINKEN. haben Rederecht. Delegierte Gastmitglieder DER LINKEN. zum Stadtparteitag erhalten alle Mitgliederrechte außer denen, die die Bundessatzung ausschließt. Von dem Stadtparteitag in Gremien oder als Delegierte zu Landes- und Bundesparteitag gewählte Mitglieder und Gastmitglieder sind TeilnehmerInnen mit beratender Stimme, sofern sie nicht Delegierte sind.

31 9. Wortmeldungen sind schriftlich bei der Tagungsleitung einzureichen. Die Tagungsleitung erteilt das Wort
32 unter Berücksichtigung der Quotierung in der Reihenfolge der Wortmeldungen und kann auch Gästen das
33 Wort erteilen. Die Redezeit für jeden Diskussionsbeitrag beträgt fünf Minuten. Wird eine Verlängerung der
34 Redezeit gewünscht, entscheidet darüber der Stadtparteitag mit einfacher Mehrheit. Niemand kann
35 innerhalb einer Debatte mehr als zweimal das Wort erhalten.

36 10. Dringlichkeits- oder Initiativanträge können unmittelbar zum Stadtparteitag eingebracht werden. Sie
37 bedürfen der schriftlichen Unterstützung von 15 Delegierten mit beschließender Stimme. Zur Begründung
38 des Antrages erhält der/die Antragsteller/in das Wort. Die Redezeit beträgt drei Minuten. Vor der
39 Abstimmung über einen Antrag kann ein/e Redner/in dagegen und eine/r dafür sprechen. Die Redezeit
40 beträgt zwei Minuten. Über den Antrag entscheidet der Stadtparteitag mit einfacher Mehrheit. Delegierte
41 können nach einer Abstimmung persönliche Erklärungen abgeben. Die Redezeit dafür beträgt eine Minute.
42 Bei Anträgen auf eine begrenzte Debatte sind Inhalt und Zeitdauer vorzuschlagen.

43 11. Anträge zur Geschäftsordnung können nur durch Delegierte mündlich gestellt werden. Das Wort zur
44 Geschäftsordnung wird außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner erteilt. Vor der Abstimmung
45 erfolgen eine Für- und eine Gegenrede. Ein weiterer Geschäftsordnungsantrag ist erst nach Abschluss der
46 Behandlung des ursprünglichen Geschäftsordnungsantrages zulässig.

47 12. Beschlüsse werden, sofern nichts anderes vorgeschrieben, mit einfacher Mehrheit der anwesenden
48 Delegierten gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Die Abstimmung erfolgt durch
49 Heben der Delegiertenkarte.

1 **Wahlordnung 2. Stadtparteitag DIE LINKE. Leipzig**

- 2 1. In geheimer Wahl werden gewählt:
- 3 • die/der Vorsitzende des Stadtverbandes
 - 4 • die zwei Stellvertreter/innen der/des Vorsitzenden
 - 5 • der/die Schatzmeister/in
 - 6 • die weiteren Mitglieder des Stadtvorstandes
 - 7 • die Mitglieder der Finanzrevisionskommission
 - 8 • die Mitglieder der Schlichtungskommission
 - 9 • die Delegierten zum Landes- und Bundesparteitag
 - 10 • die Vertreter/innen für den Landesrat
- 11 2. Wahlberechtigt sind die Delegierten zum 2. Stadtparteitag der Partei DIE LINKE. Leipzig.
- 12 3. Die Aufstellung der Kandidierendenliste wird von der Tagungsleitung geleitet. Jede/r Delegierte hat das
- 13 Recht, Vorschläge zu unterbreiten oder sich selbst als KandidatIn vorzuschlagen.
- 14 4. Zur Wahl können auch Gäste vorgeschlagen werden, wenn sie Mitglied der Partei DIE LINKE. sind und dem
- 15 Stadtverband angehören.
- 16 5. Wenn Mitglieder der Wahlkommission selbst zur Wahl stehen, scheiden sie aus der Wahlkommission aus.
- 17 Für ausgeschiedene Mitglieder ist für den Fall des Unterschreitens einer Mindestzahl von sieben Mitgliedern
- 18 der Wahlkommission umgehend durch den Stadtparteitag nachzuwählen.
- 19 6. Jede/r Delegierte hat das Recht, Fragen an die KandidatInnen zu stellen, die KandidatInnenvorschläge zu
- 20 unterstützen und Einwände zu erheben.
- 21 7. Bei begründeter Abwesenheit von KandidatInnen können Fragen zur Person durch eine Person des
- 22 Vertrauens beantwortet werden.
- 23 8. Zur Realisierung der Geschlechterquotierung ist zunächst ein erster Wahlgang für ausschließlich Kan-
- 24 didatinnen durchzuführen. In einem zweiten allgemeinen Wahlgang mit weiblichen und männlichen
- 25 Kandidierende werden dann die restlichen Mandate vergeben. Als gewählt gelten die Kandidaten mit den
- 26 meisten Stimmen. Bei Stimmgleichheit ist dann eine Stichwahl notwendig, wenn es um den jeweils letzten
- 27 zu vergebenden Platz geht.
- 28 Für die Wahl zum Stadtvorstand gilt eine Jugendquote, welche zwei Mitglieder umfasst. Für die
- 29 Delegiertenwahlen für Landes- und Bundesparteitag gilt eine Jugendquote von 20 %. Jugendliche in diesem
- 30 Sinne sind Mitglieder, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Innerhalb dieser Jugendquote
- 31 muss die Geschlechterquotierung eingehalten werden.
- 32 9. Die Delegierten verfügen bei jeder Wahl über so viele Stimmen, wie zu vergebende Plätze vorhanden sind.
- 33 Es müssen nicht alle Stimmen ausgeschöpft werden.

34 10. Bei der Wahl der/des Vorsitzenden gilt die/derjenige als gewählt, die/der mehr als 50 Prozent der
35 Stimmen der anwesenden Delegierten erhält. Sollte im ersten Wahlgang keine/r die absolute Mehrheit
36 erhalten, gehen die beiden bestplatzierten Kandidat/innen in einen zweiten Wahlgang mit Stichwahl-
37 charakter, bei dem der/die Kandidat/in mit den meisten Stimmen gewählt ist. Bei Stimmengleichheit finden
38 weitere Wahlgänge statt. Die Wahl der Stellvertreter/innen und des/der Schatzmeister/in erfolgt nach dem
39 gleichen Verfahren.

40 11. Die Wahl wird durch die vom Stadtparteitag gewählte Wahlkommission geleitet. Über jede durchge-
41 führte Wahl ist ein schriftliches Protokoll anzufertigen, das vom Wahlleiter/Wahlleiterin und zwei Mitgliedern
42 der Wahlkommission und einem Vertreter der Versammlungsleitung zu unterzeichnen und in geeigneter
43 Form zu veröffentlichen ist.

Rechenschaftsbericht des Stadtvorstandes DIE LINKE.

Leipzig an den 2. Stadtparteitag

Mit dem vorliegenden Rechenschaftsbericht wird der Versuch unternommen, ein Resümee der Arbeit des Stadtvorstandes im Zeitraum von Oktober 2007 bis Dezember 2009 zu ziehen. Der Text, entstanden auf der Basis von Zuarbeiten nahezu aller Mitglieder des Stadtvorstandes, wurde vom Stadtvorstand in der Sitzung vom 8. Dezember 2009 diskutiert und verabschiedet. Das vorliegende Dokument kann und will - nicht zuletzt aus Platzgründen - weder die sechs Tagungen des 1. Stadtparteitages, noch die insgesamt 45 Sitzungen des Stadtvorstandes oder gar alle wichtigen Aktivitäten des Stadtverbandes im genannten Berichtszeitraum aufführen. Die Analyse zu den Wahlkämpfen 2009 und den daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen wurde im Rechenschaftsbericht bewusst kurz gehalten, weil dazu von Dr. Volker Külow und Dr. Dietmar Pellmann unter Mitwirkung von Dr. Andreas Willnow ein ausführliches Material erarbeitet wurde, das den Delegierten des 2. Stadtparteitages vorliegt (siehe **Der Durchblick I/2010**).

1. Einleitung

Die Parteienlandschaft der Bundesrepublik Deutschland ist erheblich in Bewegung geraten. Mit der im Juni 2007 aus WASG und PDS gegründeten Partei DIE LINKE entstand eine Kraft, die in den letzten zweieinhalb Jahren die politische Agenda in unserem Land in zunehmendem Maße mitbestimmt. Mittlerweile ist DIE LINKE in zwölf Landesparlamenten (sechs im Osten, sechs im Westen) vertreten und erzielte bei den Bundestagswahlen am 27. September 2009 mit 11,9 Prozent ein wahrhaft historisches Ergebnis: erstmals seit 1932 gibt es links von der SPD eine Partei mit einem zweistelligen Wahlergebnis.

Auch in Leipzig spiegelte sich diese erfolgreiche Entwicklung kommunalpolitisch wider. Mit dem erfolgreichen Bürgerentscheid am 27. Januar 2008 und der Durchsetzung des Sozialtickes gelang es uns zweimal, eine linke Hegemonie in unserer Stadt herzustellen. Darüber hinaus erreichten wir trotz erheblicher Widerstände nicht nur konservativer Kräfte, dass nach Heiko Rosenthal 2006 mit Michael Faber im Sommer 2008 ein zweiter Bürgermeister der LINKEN gewählt wurde.

Seit Herbst 2008 steht nicht nur die Bundesrepublik ganz im Zeichen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. Die politische Klasse ist bemüht, die milliardenschwere Bankenrettung und die Lasten der Krise auf die Schultern der abhängig Beschäftigten und sozial Benachteiligten abzuwälzen. Der Wahlsieg von schwarz-gelb in Berlin und Dresden hat ihr dafür mehr Spielräume eröffnet; die 2003 von rot-grün begonnene Politik der Agenda 2010 soll augenscheinlich in verschärfter Form fortgesetzt werden. Dagegen leistet DIE LINKE im Bündnis mit den Gewerkschaften und vielen weiteren gesellschaftlichen Kräften auf allen politischen Ebenen seit Monaten energischen Widerstand. Parallel muss es unserer Partei in der nunmehr anstehenden, bis 2011 geplanten Programmdebatte darum gehen, das inhaltliche Profil zu

33 schärfen und den Platz der LINKEN im Parteiensystem deutlicher zu bestimmen. Dazu brauchen wir auch in
34 Leipzig eine identitätstiftende und aktivierende Diskussion für die Mitgliedschaft.

35 **2. Die politische Entwicklung in Leipzig und die Stellung der LINKEN**

36 **2.1. Die Fortsetzung des Partieneubildungsprozesses**

37 In den Jahren 2005 bis 2007 gehörte Leipzig im Rahmen des sächsischen Landesverbandes zweifellos zu den
38 Vorreitern beim Partieneubildungsprozess zwischen WASG und PDS zur Partei DIE LINKE. Das
39 Zusammengehen und Zusammenwachsen „auf Augenhöhe“ wurde in Leipzig nicht nur personell sondern
40 auch konsequent inhaltlich verwirklicht. Mit der ersten Tagung zum ersten Stadtparteitag am 15. September
41 2007 und der dort erfolgten Wahl von vier ehemaligen WASG-Mitgliedern in den nunmehr 17köpfigen
42 Stadtvorstand schien auch personell die vorläufig letzte Etappe auf dem Weg zur Partieneubildung
43 erfolgreich eingeläutet zu sein.

44 Das erwies sich leider als Trugschluss. Bereits in den ersten Stadtvorstandssitzungen offenbaren sich sehr
45 unterschiedliche Vorstellungen, ja grundsätzliche Differenzen, über das künftige politische Agieren der
46 neuen Partei und ihren Status als linke Oppositions- und alternative Gestaltungspartei. Anhand eines
47 strittigen sozialpolitischen Themas (Stichwort „Weihnachtsbeihilfe“) entfaltete sich ab Oktober 2007
48 innerhalb des Stadtvorstandes eine heftige Kontroverse, die schnell auf den Stadtverband übergriff und sich
49 in den folgenden Monaten verschärfte. Nachdem mit Ingo Groepler-Roeser bereits ein
50 Stadtvorstandsmitglied aus den Reihen der ehemaligen WASG sein Amt niedergelegt hatte, traten am 19.
51 Februar 2008 bedauerlicherweise vier weitere Mitglieder des Stadtvorstandes, darunter der stellvertretende
52 Vorsitzende Jochen Beissert (vormals WASG) sowie Thomas Dudzak, Barbara Krause und Veronika Petzold
53 von ihren Ämtern mit der Begründung zurück, weil sie angeblich „durch eine zum Block formierte Mehrheit
54 des Vorstandes um den Vorsitzenden bekämpft“ worden seien. In einer noch am gleichen Tage
55 veröffentlichten Antwort auf die „Gemeinsame Offene Erklärung“ wurde von 11 Stadtvorstandsmitgliedern
56 dieser Vorwurf „vehement zurückgewiesen“. Nachdem bereits auf der 2. Tagung am 23. Februar 2008 mit
57 Andreas Kermer ein Vertreter der vormaligen WASG nach gewählt wurde, konnten auf einer
58 Außerordentlichen Tagung des Stadtparteitages am 27. März 2008 vier weitere Mitglieder in den
59 Stadtvorstand nach gewählt werden: Sylvia Höhne als stellvertretende Vorsitzende (vormals WASG) sowie
60 Bettina Gerloff und Klaus Schmidt (beide vormals WASG) und Maritta Brückner. Damit war das höchste
61 Leitungsgremium zwischen den Parteitagungen wieder komplett und bemühte sich trotz weiter bestehender
62 Spannungen im Stadtverband, die in mehreren Tagungen eines Stadtforums deutlich sichtbar zu Tage traten,
63 seine Arbeit - wie beispielsweise die Durchföhrung der Generalevaluierung - fortzusetzen. Überregionale
64 Schlagzeilen produzierte der Stadtvorstand Mitte 2008 noch einmal, als ein mutmaßlicher V-Mann in den
65 Reihen des Stadtverbandes enttarnt wurde, der sich im Nachhinein darüber hinaus als langjähriger aktiver
66 Rechtsextremist entpuppte.

67 Nach den geschilderten Turbulenzen fand der Stadtvorstand relativ schnell wieder zu seiner Arbeit zurück,
68 wenngleich mehrere Mitglieder vornehmlich aus beruflichen Gründen ihre Tätigkeit ab Herbst 2008
69 einschränkten bzw. im Falle von Susanne Lindner und Bettina Gerloff von ihrer Funktion auf Grund von
70 Arbeitsüberlastung sogar später zurück traten. Auch mit nunmehr 15 Mitgliedern blieb der Stadtvorstand im
71 Jahr 2009 aber voll handlungsfähig und bewältigte die enormen Belastungen im Wahlkampf dank auch eines
72 funktionierenden Wahlstabes souverän.

73 **2.2. Außerparlamentarische Aktivitäten**

74 **2.2.1. Bürgerentscheid**

75 Am 27. Januar 2008 entschieden die Bürgerinnen und Bürger Leipzigs erstmals in der Stadtgeschichte, ob so
76 unterschiedliche Unternehmen und Einrichtungen wie die Stadtwerke, das Klinikum St. Georg, die LVB, die
77 LWB, die Stadtreinigung oder die Wasserwerke vollständig im öffentlichen Besitz bleiben sollen. Über 40.000
78 Bürgerinnen und Bürger hatten den Bürgerentscheid zum Erhalt des kommunalen Eigentums vorab mit ihrer
79 Unterschrift erzwungen. Der Stadtverband der Leipziger Linkspartei hatte mit den Initiatoren des
80 Bürgerentscheids, der Bürgerinitiative „Stoppt den Ausverkauf unserer Stadt“, von Beginn an eng und
81 vertrauensvoll zusammen gearbeitet und die überparteiliche Kampagne finanziell und logistisch erheblich
82 unterstützt. Mit der Unterstützungsaktion „Auch Linke können JA sagen“ leisteten wir darüber hinaus einen
83 spezifischen inhaltlichen Eigenanteil an der Gesamtkampagne. Die entscheidende Frage „Sind Sie dafür,
84 dass die kommunalen Unternehmen und Betriebe der Stadt Leipzig, die der Daseinsvorsorge dienen,
85 weiterhin zu 100% in kommunalem Eigentum verbleiben?“ wurde von 148.761 Bürgerinnen und Bürgern
86 unserer Stadt - das entspricht einem Stimmenanteil von 87,4 Prozent - mit Ja beantwortet, die damit ein
87 beeindruckendes Bekenntnis zum Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge in Leipzig gaben. (siehe auch
88 Reiner Engelmann/Dr. Volker Külow/Dr. Dietmar Pellmann: Ein fulminanter Sieg der Demokratie. Der
89 Bürgerentscheid am 27. Januar 2008 in Leipzig. Der Durchblick, Februar 2008).

90 **2.2.2. Sozialticket**

91 Schon im Herbst 2006 hatte die außerparlamentarische Bewegung zur Einführung eines Sozialtickets in
92 Leipzig begonnen. Die gleichnamige Bürgerinitiative wurde seit November 2006 von unserem Stadtverband,
93 namentlich der AG Soziale Politik, auf vielfältige Weise unterstützt. Nach langen Diskussionen und weiteren
94 umfangreichen außerparlamentarischen Aktionen - allein im Jahr 2007 konnten 20.000 Unterschriften an
95 den Oberbürgermeister übergeben werden - wurde am 12. Juli 2007 im Stadtrat ein Antrag zur Einführung
96 eines Sozialticket gestellt, der später durch die Stimmen von DIE LINKE, SPD und Grünen mehrheitlich
97 angenommen wurde. Unter dem Motto "Volle Fahrt. Halber Preis" bietet die LVB seit dem 1. August
98 2009 die „Leipzig-Pass-Mobilcard“ an, die inzwischen von ca. 15.000 Menschen genutzt wird. Dieses
99 Sozialticket ermöglicht Leipzig-Pass-Inhabern die verbilligte Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel; die
100 „Leipzig-Pass-Mobilcard“ kostet monatlich nur 26,- Euro, eine Vergünstigung von 50 Prozent gegenüber

101 einer normalen Monatskarte. Damit wurde für viele Menschen eine wichtige Möglichkeit geschaffen,
102 angemessen am gesellschaftlichen Leben in Leipzig teilzuhaben.

103 **2.2.3. sonstige**

104 Außerparlamentarische Aktivitäten gab es natürlich nicht nur bei den genannten politischen Großprojekten.
105 Beispielsweise betreten wir 2008 Neuland mit einem alternativen sozialen Weihnachtsmarkt auf dem
106 Lindenauer Markt, der auch 2009 erfolgreich durchgeführt wurde.

107 Wir unterstützten darüber hinaus vielfältige Protest- und Widerstandsaktionen wie beispielsweise den
108 Warnstreik der Lehrer am 3. Februar 2009 für Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst. Auch öffentliche
109 Konferenzen der Partei wie „60 Jahre Grundgesetz – offen für eine neue soziale Idee“ am 6./7. März in
110 Leipzig wurden von uns mit organisiert und durchgeführt.

111 **2.3. Zum kommunalpolitischen Wirken des Stadtverbandes und der Tätigkeit der Leipziger** 112 **Abgeordneten im Bundestag und im Landtag**

113 Im Mittelpunkt der kommunalpolitischen Arbeit stand ab Herbst 2007 zunächst die Vorbereitung und
114 Durchführung des Bürgerentscheids gegen den Stadtwerkeverkauf. Anschließend begannen Stadtrats-
115 fraktion und Stadtvorstand die langfristige Vorbereitung auf die Kommunalwahlen am 7. Juni 2009, wobei die
116 frühzeitige Ausarbeitung des Kommunalwahlprogramms in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rückte. Auf
117 einer gemeinsamen Klausur am 5. April 2008 wurde unter Leitung von Dr. Dietmar Pellmann eine
118 Arbeitsgruppe (weitere Mitglieder waren S. Höhne, D. Janke, S. Jennicke und C. Mertha) eingesetzt, die
119 zunächst Thesen für ein neues Kommunalwahlprogramm erarbeitete. Diese Thesen wurden in der Folgezeit in
120 Workshops und Basisversammlungen umfassend diskutiert und zu einem ersten Programmentwurf
121 weiterentwickelt. Aus diesem Material wiederum wurde nach weiteren Diskussionsrunden Anfang 2009 ein
122 zweiter Entwurf erstellt, der auf der 5. Tagung am 21. Februar 2009 nach längerer Debatte und diversen
123 Änderungen unter der Überschrift „ORIGINAL SOZIAL. Für ein solidarisches Leipzig“ verabschiedet wurde.

124 Parallel zur Erarbeitung des Kommunalwahlprogramms wurde durch eine vom Stadtvorstand berufene
125 Personalentwicklungsgruppe intensiv daran gearbeitet, möglichst viele Kandidatinnen und Kandidaten zu
126 gewinnen. Im Verlauf dieses Prozesses erklärten 61 Parteimitglieder bzw. SympathisantInnen (davon 23
127 weiblich = 37,7 Prozent) ihre Bereitschaft zur Kandidatur. Der Stadtvorstand konnte auf Grundlage dieser
128 vielen Bereitschaftserklärungen für die Besondere Vertreterversammlung am 14. März 2009 eine
129 Präferenzliste für die ersten 20 Plätze aufstellen, die nicht nur quotiert war, sondern immerhin eine
130 Verdopplung der Jugendquote gegenüber 2004 und eine Erneuerungsquote von 45 Prozent auswies. Nicht
131 nur die Auswahl, auch die inhaltliche Vorbereitung der KandidatInnen auf die Kommunalwahlen 2009 wurde
132 gemeinsam mit dem Kommunalpolitischen Forum durch den Stadtvorstand organisiert, indem verschiedene
133 Bildungsveranstaltungen angeboten wurden.

134 Neben der Vorbereitung und Realisierung des Kommunalwahlkampfes 2009 und der Schaffung einer
135 außerparlamentarischen Druckkulisse für die Durchsetzung des Sozialtickets wurden die vielen

136 kommunalpolitischen Alltagsfragen keineswegs vernachlässigt. Von besonderer Bedeutung war dabei die im
137 Mai 2008 geschlossene, acht Punkte umfassende Vereinbarung über die weitere Zusammenarbeit des
138 Stadtvorstandes mit der Stadtratsfraktion, die das Zusammenwirken der beiden Gremien auf eine neue
139 Qualität hob. Bereits unmittelbar im Vorfeld der Vereinbarung konnte mit der gemeinsamen Konferenz
140 „(Re)Kommunalisierung statt Privatisierung“, die am 18. April 2008 unter Beteiligung der EU-Abgeordneten
141 Sahra Wagenknecht im Neuen Rathaus mit mehr als 100 Teilnehmern veranstaltet wurde, schon ein
142 praktischer Beweis dafür geliefert werden.

143 Seit der erfolgreichen Bundestagswahl 2005 verfügte die Leipziger LINKE mit Dr. Barbara Höll und Dr. Axel
144 Troost zunächst nominell über zwei Bundestagsabgeordnete. Mit dem gemeinsamen Wahlkreisbüro 2:1
145 (zusammen mit MdL Dr. Volker Külöw) versuchten die beiden MdB den Parteineubildungsprozess in Leipzig
146 zu begleiten und voranzutreiben. Da Dr. Axel Troost in Absprache mit dem Landesvorstand den Schwerpunkt
147 seiner politischen Tätigkeit später nach Westsachsen bzw. in den neu gebildeten Landkreis Leipzig
148 verlagerte, blieb Dr. Barbara Höll im besagten Zeitraum *die* Leipziger Abgeordnete der LINKEN im Bundestag.

149 Unsere vier Landtagsabgeordneten Cornelia Falken, Dr. Volker Külöw, Dr. Dietmar Pellmann und Dr. Monika
150 Runge gehörten in den letzten Jahren in der Landtagsfraktion zu den Aktivposten, zumal sie für wesentliche
151 Politikbereiche verantwortlich sind. Conny Falken ist die ausgewiesene linke Schul- und Bildungsexpertin in
152 Sachsen; Volker Külöw fungiert als kulturpolitischer Sprecher und ist gleichzeitig für historische Themen
153 zuständig. Dietmar Pellmann ist der Sozialfachmann der LINKEN in Sachsen mit einer Ausstrahlung weit über
154 die Grenzen der Partei hinaus und Monika Runge genießt als Fachfrau für Energie- und Verkehrspolitik einen
155 guten Ruf.

156 **2.4. Kampf gegen Neofaschismus und Rechtsextremismus**

157 Auch in der vergangenen Wahlperiode war der Kampf gegen Neofaschismus und Rechtsextremismus,
158 Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus wie bereits in den Jahren zuvor ein zentrales Politikfeld der
159 LINKEN in Leipzig. Die 2. Tagung des Stadtparteitages verabschiedete im Februar 2008 ein
160 Antifaschistisches Aktionsprogramm, der Vorstand befasste sich wiederholt ausführlich mit
161 antifaschistischen politische Inhalten sowie aus gegebenen Anlässen leider zu oft mit erforderlichen
162 Aktionen gegen Aktivitäten der Nazis in unserer Stadt. Erinnerung sei nur beispielhaft an die Proteste gegen
163 den Thor-Steinar-Laden in der Innenstadt, die Kundgebungen auf dem Lindenauer Markt gegen das
164 „nationale Zentrum“ der NPD in der Odermannstrasse oder die Proteste gegen die immer wieder versuchten
165 Naziaufmärsche, wie zuletzt die erfolgreich verlaufende Aktion „Sitzenbleiben“ am 17. Oktober 2009.

166 Zur antifaschistischen Arbeit gehört aber auch die Gedenkarbeit wie das Auftreten von Vorstandsmitgliedern
167 auf Gedenkveranstaltungen oder die Teilnahme an der Aktion „Stolpersteine“. Neben dem linXXnet hat
168 insbesondere Richard Gauch in diesem wichtigen thematischen Bereich eine sehr engagierte Bündnisarbeit
169 geleistet. Begrüßenswert ist es, dass sich zunehmend junge Linke politisch antifaschistisch engagieren, ohne
170 sich unbedingt gleich parteiorganisatorisch zu binden. Es wird Aufgabe des heute neu zu wählenden

171 Vorstandes sein, antifaschistische Arbeit konsequent auf der Grundlage des beschlossenen
172 Aktionsprogramms fortzuführen. Hierzu gehört ganz sicher auch, die Wahlergebnisse der Neonazis vor Ort
173 noch einmal genau zu analysieren, um deren lokalen Aktivitäten offensiver und gezielter entgegenzutreten zu
174 können.

175 **2.5. Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden**

176 DIE LINKE pflegte im Berichtszeitraum sowohl über ihre Mitglieder als auch über ihre Vorstände sowie die IGs
177 und AGs zu zahlreichen Vereinen und Verbänden ein engmaschiges Netz von Beziehungen, das partiell noch
178 ausgebaut werden konnte. Als ausgewähltes Beispiel soll an dieser Stelle auf die AG Behindertenpolitik
179 verwiesen werden, die unter Leitung von Andreas Kermer zu einer Vielzahl von Betroffenenverbänden und
180 zur AG „selbst aktiv“ der SPD kontinuierliche Arbeitsbeziehungen knüpfte. Auch die AG Senioren leistete
181 unter der bewährten Führung von Gerda Uhlig wie in den vielen Jahren zuvor eine engagierte Arbeit. Im
182 Rahmen der Seniorenkonferenz der Leipziger LINKEN, an der am 22. Mai 2008 immerhin 248 Genossinnen
183 und Genossen teilnahmen, wurde mit einer kleinen Fotoausstellung auf die vielseitige Arbeit der AG Senioren
184 eingegangen. Leider kann aus Platzgründen auf die Tätigkeit der anderen AGs, wie beispielsweise Cuba Si,
185 Junge GenossInnen, Betriebe & Gewerkschaften, Lisa, Soziale Politik usw. nicht näher eingegangen werden.

186 Im Mittelpunkt der parteiübergreifenden Bündnisarbeit standen zweifellos zwei (linke) politische
187 Großprojekte: der Bürgerentscheid gegen den Stadtwerkeverkauf und der Kampf um das Sozialticket (siehe
188 auch 2.2.). Aber auch bei Themen, die bislang nicht siegreich gestaltet werden konnten, haben wir eine neue
189 Qualität der Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen u.ä. erreicht, wie der Kampf gegen den militärischen
190 Missbrauch des Flughafens Leipzig/Halle zeigt. Zu den Vereinen, mit denen wir schon seit Jahren sehr
191 stabile Kontakte unterhalten und sie oftmals auch finanziell unterstützten, zählt u.a. die Gruppe
192 Gedenkmarsch, Leipzig. Courage zeigen, das Ostermarsch-Komitee, das Friedenszentrum, das APRIL-
193 Netzwerk, Mehr Demokratie wagen e.V., die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V, LEIPZIGS NEUE u. v. a.
194 m.; inhaltliche und finanzielle Unterstützung erhielten darüber hinaus u.a. auch der Fußballverein Roter Stern
195 Leipzig und das Bündnis gegen Antisemitismus. Eine große Rolle bei der Unterstützung spielte auch das
196 offene Abgeordneten- und Projektbüro linxxnet, in dem sich zahlreiche linke und zivilgesellschaftliche
197 Gruppen treffen und über diese Schnittstelle mit DER LINKEN kooperieren. Mit der Vorstellung des Roten
198 Baum im Stadtvorstand konnte ein Grundstein für die künftige Zusammenarbeit mit diesem in Leipzig
199 wachsenden Verein der Kinder- und Jugendhilfe gelegt werden.

200 Kontinuierlich wie in den Jahren zuvor verlief auch die Zusammenarbeit mit dem DGB und ausgewählten
201 Einzelgewerkschaften (insbesondere GEW, IG Metall und ver.di). Darüber hinaus entwickelten sich auch neue
202 Arbeitsbeziehungen wie z.B. mit dem Deutsch-Russischen Zentrum Leipzig.

203 Differenzierter stellt sich die Situation bei den Bürgervereinen dar. Hier wird deutlich, dass sich konservative
204 Kräfte - insbesondere CDU und FDP - zunehmend bemühen, linke Akteurinnen und Akteure aus
205 Führungsfunktionen zu verdrängen (z.B. Schönefeld) bzw. sich über diese Vereine eine eigene Hausmacht zu

206 schaffen. Dieser Entwicklung sollten wir nicht tatenlos zusehen und uns im Gegenzug bemühen, in mehr
207 Vereinen und Verbänden wieder in signifikanter Weise Fuß zu fassen, ohne dort dominieren zu wollen.

208 **3. Die Wahlkämpfe 2009**

209 Im Berichtszeitraum fanden vier Wahlen statt, welche sich auf drei Wahltermine verteilten: am 7. Juni die
210 Kommunal- und Europawahlen, am 30. August die Landtagswahl und am 27. September die
211 Bundestagswahl. Die Ergebnisse müssen aus Sicht des Stadtvorstandes sehr differenziert betrachtet
212 werden, da alle Wahlen nur schwer miteinander vergleichbar sind.

213 An dieser Stelle sagen wir aber zunächst allen Genossinnen und Genossen der Basis sowie den
214 Kandidatinnen und Kandidaten für ihren engagierten Wahlkampf ein herzliches Dankeschön. Ohne diese
215 Unterstützung wäre die umfangreiche Arbeit im Wahlkampf, welche durch den Wahlstab koordiniert wurde,
216 nicht zu leisten gewesen.

217 **3.1. Kommunal- und Europa-Wahlen**

218 Zur Europawahl konnte DIE LINKE ihr bundesweites Ergebnis im Vergleich zu 2004 von 6,1 auf 7,5 Prozent
219 steigern, was einem realen Stimmenzuwachs von ca. 400.000 Stimmen entsprach, für DIE LINKE zogen acht
220 Abgeordnete ins EU-Parlament ein. Leider konnten wir in Leipzig, wie auch in Sachsen, unser Ergebnis von
221 2004 nicht bestätigen oder gar ausbauen. So sank unser prozentualer Anteil von 27,1 auf 22,8 Prozent, was
222 genau 1.828 weniger Stimmen entsprach. Auch in diesem Jahr waren wir auf der Bundesliste vertreten, es
223 kandidierten aus Leipzig Dr. Keith Barlow (Listenplatz 18) und Thomas Kachel (Listenplatz 28).

224 Zu den Kommunalwahlen trat DIE LINKE mit 60 Bewerberinnen und Bewerben an. Es ist uns in diesem
225 Zusammenhang erstmals gelungen, die Mindestquotierung für die vorderen Plätze in allen Wahlkreisen
226 einzuhalten. Das hatte auch zur Folge, dass zunächst von 16 gewählten Stadträtinnen und Stadträten 9
227 Frauen waren. Aufgrund einer Wahlanfechtung kam es, parallel zur Bundestagswahl, zu einer
228 Teilwiederholungswahl, welche uns im Ergebnis ein 17. Stadtratsmandat brachten.

229 Im Ergebnis dieser Wahl müssen wir aber konstatieren, dass wir unsere ehrgeizigen Wahlziele nicht erreicht
230 haben. Im Vergleich zu 2004 haben wir prozentual 2,9 Prozentpunkte eingebüßt, wenngleich bei den realen
231 Stimmen ein Zuwachs von ca. 1.600 Stimmen verzeichnet werden konnte. Mit diesem Ergebnis gelang es
232 uns, gemeinsam mit der CDU stärkste Fraktion im Leipziger Stadtrat zu werden. Wenig erfreulich war der
233 Einzug der rechtsextremen NPD in den Leipziger Stadtrat mit zwei Mandaten. Auch wenn dem Leipziger
234 Stadtrat eine NPD-Fraktion erspart blieb, zeigt sich bereits mit dessen Konstituierung, welche politische
235 Belastung damit eingetreten ist.

236 Die Wahlkreise 5 (Südwest) und 6 (West) konnten wir gewinnen, wobei auffällig ist, dass im Wahlkreis 6 das
237 mit Abstand beste Ergebnis erzielt worden ist. Das Ergebnis liegt dort zehn Prozentpunkte über dem
238 Stadtdurchschnitt und auch die Abstände zu SPD und CDU sind in keinem anderen Wahlkreis so groß.

239 **3.2. Landtagswahl**

240 Wir hatten uns zum Ziel gesetzt, 25 Prozent plus X in Leipzig zu erreichen und die beiden Direktmandate von
241 2004 (Dietmar Pellmann, Barbara Höll) erfolgreich zu verteidigen. Im Ergebnis haben wir 23 Prozent erreicht
242 (2,6 Prozentpunkte weniger als 2004), was einem Verlust von ca. 9.000 Stimmen entspricht. Bei der Analyse
243 des bisherigen Zahlenmaterials ist festzustellen, dass die Wahlbeteiligung um 6,2 Prozentpunkte
244 abgenommen hat. Die Stimmenverluste bestehen zu einem Großteil darin, dass unsere damaligen
245 Wählerinnen und Wähler zu Nichtwählern geworden sind. Somit ist es uns nicht ausreichend gelungen, unser
246 Potential abzurufen. In der Betrachtung dieser Ergebnisse darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die
247 Rahmenbedingung sich im Vergleich zu 2004 verändert haben, so ist von dem damaligen Protestpotential
248 gegen Hartz IV nicht mehr viel geblieben.

249 Mit viel finanziellem und zeitlichem Kraftaufwand ist es uns dennoch gelungen, das Direktmandat von
250 Dietmar Pellmann im Wahlkreis 27 zu verteidigen. Schließlich gingen von den 60 Direktmandaten 58 an die
251 CDU und nur zwei an DIE LINKE, eins in Chemnitz und eins in Leipzig. Für DIE LINKE Leipzig sind im 5.
252 Sächsischen Landtag damit Dietmar Pellmann, Cornelia Falken, Volker Külow und Monika Runge vertreten.
253 In der Wahlkampf mobilisierung war im Vergleich zum ersten Wahltermin bereits ein Nachlassen des
254 Aktivierungspotentials unserer Mitgliedschaft wahrnehmbar.

255 **3.3. Bundestagswahl**

256 Zur Bundestagswahl präsentierte sich dann erfreulicherweise vier Wochen später ein anderes Bild. Auch hier
257 hatten wir 25 Prozent plus X als Ziel ausgegeben. Bei den Erststimmen erreichten wir 25,9 und bei den
258 Zweitstimmen 25,5 Prozent, was einer Steigerung von 2,7 bzw. 3,0 Prozentpunkten entspricht. Trotz einer
259 um 8,5 Prozentpunkte niedrigeren Wahlbeteiligung konnten wir unseren absoluten Stimmenanteil um ca.
260 3.000 Stimmen erhöhen. Für ein Direktmandat hat es leider nicht gereicht. Der Kampf im Leipziger Süden,
261 wo der Privatisierungsgegner Mike Nagler gegen den Oberprivatisierer Wolfgang Tiefensee antrat, wurde am
262 Ende der Spannendste in ganz Sachsen. Den Kampf gegen Tiefensee konnten wir gewinnen, den Vorsprung
263 der CDU aber nicht ganz aufholen. Anzumerken bleibt hier zugleich, dass DIE LINKE in diesem Wahlkreis
264 weniger Erst- als Zweitstimmen geholt hat. Im Leipziger Norden trat neben Bettina Kudla (CDU) und Daniela
265 Kolbe (SPD) für DIE LINKE Dr. Barbara Höll an. Auch hier konnte das Direktmandat nicht durch uns errungen
266 werden. Auch wenn der Abstand zwischen den Erst- und Zweitstimmen hier größer war, konnte die mediale
267 Anwesenheit von Frau Kudla und der offensichtliche Merkel-Bonus nicht aufgewogen werden. Im Ergebnis
268 gehören nunmehr alle drei Frauen dem Deutschen Bundestag an.

269 Bei Durchsicht der Zahlenmaterialien fällt auf, dass die Stimmenzuwächse der LINKEN vor allem aus den
270 Reihen der SPD kommen und nicht von anderen Parteien oder von den Nichtwählern. Eine Veränderung der
271 politischen Verhältnisse ist so aber nur schwer machbar.

272 Nachdenklich sollte uns auch stimmen, dass im Osten Deutschland insgesamt 16 Mandate direkt an DIE
273 LINKE gegangen sind, immer erstmals 12 außerhalb von Berlin. Lediglich Sachsen macht hier eine

274 unrühmliche Ausnahme und ist daher derzeit das Sorgenkind unter den ostdeutschen Landesverbänden.
275 Erstmals stellt die Landesgruppe Sachsen auch nicht mehr die größte Vertretung innerhalb der
276 Bundestagsfraktion. Diese Rolle hat nunmehr die Landesgruppe Nordrhein-Westfalen mit 11 Mandaten
277 eingenommen.

278 **4. Zur Entwicklung des Stadtverbandes**

279 **4.1. Zur Mitglieder- und Strukturentwicklung**

280 Der langjährige Trend in der rückläufigen Mitgliederentwicklung konnte zwar nicht umgekehrt werden, der
281 Rückgang verlief allerdings wesentlich abgeflachter, als in den Vorjahren. Saldiert verlor der Stadtverband in
282 der vergangenen Wahlperiode 37. Mitglieder. Seit dem Parteizusammenschluss von WASG und Linkspartei
283 konnten wir insgesamt 156 neue Mitglieder in unsere Reihen aufnehmen. Im gleichen Zeitraum zogen 81
284 Genossinnen und Genossen nach Leipzig. Dagegen mussten wir Verluste von insgesamt 274 Mitgliedern
285 hinnehmen. In den letzten beiden Jahren zogen 44 Genossinnen und Genossen aus Leipzig weg, verstarben
286 114 und 116 traten aus unserer Partei aus. Die Beweggründe für die Austritte waren verschieden; Alter und
287 Krankheit sowie kein gewünschter Neubeginn in einer fremden Stadt nach einem Umzug spielten dabei die
288 entscheidende Rolle. Auch nicht erfüllte Erwartungen an eine Mitgliedschaft wurden als Austrittsgründe
289 benannt.

290 Der Altersdurchschnitt im Stadtverband Leipzig DIE LINKE lag zum Jahresende 2009 bei 67,9 Jahren. Der
291 Anteil von Mitgliedern im erwerbsfähigen Alter beträgt nur noch 35 Prozent.

292 In der zurückliegenden Wahlperiode des Stadtvorstandes konnten weitere Stadtbezirksverbände gegründet
293 werden, so dass wir nunmehr in fünf Stadtbezirken (West, Südwest, Nordwest, Nord und Süd) über
294 entsprechende Parteistrukturen verfügen. In den verbleibenden fünf Stadtbezirken sollte die Gründung der
295 Stadtbezirksverbände möglichst bis 31. Dezember 2010 abgeschlossen werden.

296 **4.2. Zur Tätigkeit der Organisationen der Basis**

297 Die Organisationen der Basis sind von grundlegender Bedeutung für den gesamten Stadtverband. Neben den
298 regelmäßigen, meist monatlichen, Mitgliederversammlungen fanden zusätzliche öffentliche Veranstaltungen
299 (Bürgerforen, Bildungsabende) statt.

300 Auch bei den Strukturen gab es erneut Veränderungen, so haben sich mehrere kleine Basisgruppen zu
301 größeren Einheiten zusammengeschlossen. Mit dem Auslaufen der Wahlperiode des Stadtvorstandes haben
302 sich nunmehr fünf Stadtbezirksverbände gegründet, in den letzten beiden Jahren kamen drei (Nordwest,
303 Nord und Süd) hinzu. Es hat sich bei der Aktivierung und der Durchführung von Aktionen gezeigt, dass dort
304 wo es bereits Stadtbezirksverbände gibt, deutlich mehr Aktionen durchgeführt werden konnten. Neben den
305 alljährlichen Aktionen zum Internationalen Frauentag war vor allem das Jahr 2009 durch die Aktivitäten im
306 Rahmen der Wahlkämpfe geprägt.

307 Weiter ausbaufähig sind die monatlich stattfindenden Beratungen mit den Vorsitzenden der Organisationen
308 der Basis, insbesondere in Bezug auf die Teilnahme der Sprecherinnen und Sprecher der
309 Zusammenschlüsse. Bereichernd war bei diesen Zusammenkünften die Verständigung mit
310 Kommunalpolitikerinnen und -politikern.

311 Das kommende Jahr muss aus Sicht des Stadtvorstandes genutzt werden, um die Strukturveränderungen im
312 Stadtverband zum Abschluss zu bringen. Ziel muss es sein, am Jahresende 2010 in allen zehn Stadtbezirken
313 entsprechende Stadtbezirksverbände installiert zu haben. Die Zeit dafür ist günstig, da dieses Jahr frei von
314 jeglichen Wahlkämpfen ist.

315 **4.3. Zum Wirken der Zusammenschlüsse im Stadtverband**

316 Die Zusammenschlüsse im Stadtverband stellen eine tragende Säule unserer inhaltlichen Arbeit dar. Auch
317 wenn deren Aktivitäten sehr unterschiedlich sind. Dabei können nicht alle benannt und aufgeführt werden,
318 so dass es sich bei den folgenden Nennungen nur um eine Auswahl handelt, die auch nicht Anspruch der
319 Vollständigkeit erhebt.

320 Die AG Soziale Politik hat im Berichtszeitraum ein Hauptprojekt, die Einführung des Sozialtickets in Leipzig,
321 zum erfolgreichen Abschluss gebracht. Sie engagierten sich in vielfältigen Bündnissen und beteiligten sich
322 bei zahlreichen Aktionen.

323 Die im Berichtszeitraum neu gegründete AG Antifa hat innerhalb sehr kurzer Zeit eine Menge an Aktivitäten
324 entfalten können. Sie organisiert selbst Veranstaltungen und Demonstrationen bzw. beteiligt sich an
325 Bündnissen, die diese durchführen.

326 Die AG Junge GenossInnen konnte durch die monatlichen Filmabende zahlreiche neue Menschen ins
327 Liebknecht-Haus locken, was auch als Anregung für andere Zusammenschlüsse gesehen werden kann.

328 Die AG Senioren führt regelmäßig inhaltliche Mitgliederversammlungen durch, der Sprecherrat trifft sich
329 regelmäßig zur Vorbereitung, Absprache und Koordinierung weiterer Aufgaben.

330 Die AG Cuba si ist ein fester Bestandteil der Partei DIE LINKE. Sie hat zahlreiche Unterstützungs- und
331 Spendenaktionen für Cuba durchgeführt.

332 Die im Berichtszeitraum ebenfalls neu gegründete AG Behindertenpolitik versteht sich als
333 Verknüpfungsgremium zu Vereinen und Verbänden der Behindertenarbeit, wobei die Kontakte zur Diakonie
334 und zum Mobilen Behindertendienst besonders wichtig sind. Die AG arbeitet darüber hinaus
335 themenspezifische inhaltliche Schwerpunkte aus und führt regelmäßig Sprechstunden und Beratungen
336 durch.

337 Das Marxistische Forum führte regelmäßig Diskussionsveranstaltungen im Liebknecht-Haus, welche immer
338 sehr gut besucht wurden.

339 Da die Kommunikation mit den Zusammenschlüssen trotz des festen Tagesordnungspunktes „Stadtvorstand
340 im Dialog“ nicht immer optimal gelaufen ist, sollte im nächsten Stadtvorstand wieder ein Mitglied die
341 direkte Verantwortung für dieses Arbeitsfeld übernehmen.

342 **4.4. Zur jugendpolitischen Arbeit**

343 Die Jugendpolitik DER LINKEN in Leipzig war in den vergangenen zwei Jahren stark von dem
344 Parteieubildungsprozess und der Neugründung des gemeinsamen bundesweiten Jugendverbandes geprägt.
345 Auch in Leipzig haben die jungen Menschen erkannt, dass sie nur mit einem gemeinsamem Jugendverband
346 in die Partei und aus der Partei heraus wirken können, so dass sich viele junge GenossInnen und auch
347 SympathisantInnen zusammen gesetzt haben und die Idee eines Jugendverbandes alle junger Menschen in
348 und bei der Partei DIE LINKE Leipzig zu gründen, zu diskutierten und schließlich umsetzten - die Linksjugend
349 Leipzig wurde am 3. November 2007 gegründet. Dieser Prozess ging in Leipzig nicht ohne Schwierigkeiten
350 von statten. Schließlich bildete sich aber hier ein aktiver Jugendverband heraus.

351 Es konnte eine vorzeigbare Internetpräsenz unter www.linksjugend-leipzig.de etabliert werden. Ein
352 regelmäßiger Newsletter und ein SMS-Verteiler informieren alle Mitglieder und SympathisantInnen der
353 Linksjugend in Leipzig über laufende und anstehende Aktionen. Die Linksjugend Leipzig kann aus den
354 vergangenen Monaten auf viele erfolgreiche Aktionen zurückblicken. Zuletzt wurde im Oktober 2009 von
355 Einzelmitgliedern unter dem Motto „Feger, Pitschies und Nolacken“. ein Kunstprojekt im öffentlichen Raum
356 gegen Rassismus und Diskriminierung organisiert. Die Leipziger Mitglieder des Jugendverbandes beteiligen
357 sich aktiv und kritisch am Landes- und Bundesjugendverband.

358 Eins der wichtigsten Themen für die Linksjugend war und ist der Kampf gegen Nazis. Es waren die jungen
359 Menschen der Linksjugend die in Leipzig mehrere hundert kostenlose CD's gegen Nazis verteilten und auch
360 gegen die Nazis plakatierten. Mit einem eigenen Stand, auf einer potentiellen Ausweichroute, unter dem
361 Motto „Emanzipation statt Volksgemeinschaft“ konnte ein Naziaufmarsch durch den Leipziger Osten am 17.
362 Oktober verhindert werden.

363 Das Aktionspotential war im Kommunal-/Europawahlkampf sicherlich ausbaufähig. Hier bewies der
364 Jugendverband aber auch seine Bereitschaft für DIE LINKE einen jungen Wahlkampf zu machen. So führten
365 viele Mitglieder der Linksjugend eine Satireaktion beim zentralen Wahlkampfevent der FDP auf dem
366 Marktplatz durch. Machten an mehreren Leipziger Schulen eine Schultour, bei der neben Infolyer auch
367 kleine Frühstückpäckchen verteilt wurden. Aber gerade in den letzten Wochen und Monaten hat die
368 Linksjugend ihre Aktions- und Handlungsfähigkeit bei der Landtags- und bei der Bundestagswahl bewiesen.
369 Die jungen GenossInnen und SympathisantInnen organisierten mehrere Wahlkampfstände in der Innenstadt,
370 steckten in mehreren Wahlkreisen Flyer in die Briefkästen und plakatierten ganze Straßenzüge. Als Highlight
371 gab es eine Party im Leipziger Süden mit dem Titel „We are Party“. Bei dieser Veranstaltung gab es neben
372 der eigentlichen Party natürlich auch inhaltliche Angebote in Form von Workshops und Seminaren. Bis zu

373 400 Menschen zwischen 14 und 35 Jahren kamen um zusammen mit der Linksjugend zu feiern und an den
374 Workshops und Seminaren teilzunehmen.

375 Viele Linksjugendmitglieder sind Studenten. So ergab es sich natürlich auch, dass die Linksjugend Leipzig
376 das den Bildungsstreik und die Großdemonstration am 24. November 2009 in Leipzig unterstützte. Einige
377 haben zusammen mit den Bildungsstreikorganisatoren das Büro des Universitätsrektors besetzt und die
378 erfolgreich die HRK-Presskonferenz im Neuen Rathaus gestört.

379 Der Jugendverband wird sich auch in den nächsten Jahren weiter in die Stadtpolitik einmischen, eigene
380 Positionen erarbeiten und selbstverständlich die Partei nicht allein lassen. Auch junge Menschen sind an
381 Politik interessiert und haben ihre eigenen Erfahrungen in die politische Arbeit der Partei einzubringen.

382 **4.5. Zum Liebknecht-Haus**

383 Auf diesen Moment mussten wir über zehn Jahre warten: seit Mitte 2008 gehört die Geburtsstätte von Karl
384 Liebknecht in der Braustrasse 15 endgültig unserer Partei. Während des Oberbürgermeisterwahlkampfes
385 1998 waren wir in dieses Haus eingezogen, damals noch unter den Bedingungen eines
386 Erbbaupachtvertrages. Über eine halbe Million Euro wurden seinerzeit im gesamten Bundesgebiet
387 gesammelt, damit der Verfall dieses historischen Gebäudes gestoppt werden konnte. Zehn Jahre später, am
388 28. August 2008, war es dann endlich soweit: die offizielle Übergabe an DIE LINKE nach dem erfolgreichen
389 Kauf konnte mit einem Hoffest gefeiert. Mit dabei auch Hans Modrow, der bereits 1997 das Haus in
390 „Liebknecht-Haus Leipzig“ umbenannt hatte.

391 In den kommenden Jahren wollen wir noch die Fassade und den Hinterhof in neuem Glanz erstrahlen lassen.
392 Dabei bleiben wir unserem Grundsatz treu, dass dafür keine Kredite aufgenommen, sondern alle
393 Maßnahmen nur durch Spendengelder finanziert werden.

1 **Tätigkeitsbericht der Finanzrevisionskommission**

2 Auf der 1. Tagung des 1.Stadtparteitages im September 2007 wurde eine Gesamtstärke von 6 Mitgliedern
3 für die Finanzrevisionskommission beschlossen. 5 Genossinnen und Genossen wurden gewählt. Ein weiteres
4 Mitglied konnte mangels fehlender Kandidatinnen und Kandidaten auch an folgenden Tagungen nicht nach-
5 gewählt werden.

6 Die Tätigkeit der Mitglieder konzentrierte sich während der gesamten Legislaturperiode auf die Kontroll-
7 schwerpunkte Einhaltung der Gesetze, Realisierung von finanzpolitischen Ent-scheidungen auf den Tagungen
8 des Stadtparteitages und die Einhaltung der Finanzordnung des Stadtverbandes Leipzig und der übergeord-
9 neten Parteigremien.

10 Mit der Arbeitsplanung wurden Prüfungsthemen formuliert, die Sparsamkeit im Umgang mit den Parteifinan-
11 zen und des Vermögens bezogen.

12 Im Einzelnen erfolgten Kontrollen

- 13 • zur Gestaltung des Belegwesens einschließlich der monatlichen Führung der Kasse und Konten bei
14 der Bank,
- 15 • zur Finanzplanung für die Jahre 2008 bis 2010,
- 16 • zu den Einnahmen-/Ausgabenrechnungen der 2007 und 2008 und als Zwischenabrechnungen für
17 die Berichterstattung auf den Stadtparteitag,
- 18 • zur Mitgliederbewegung und Entwicklung der Mitgliedsbeiträge sowie der zusätzlichen Beitragszah-
19 lungen für die Partei Europäische Linke,
- 20 • zur Ordnungsmäßigkeit der Nachweisführung finanzieller Mittel von den OV und BO sowie
- 21 • zur Entwicklung des Vermögens des Stadtverbandes Leipzig.

22 Den Hauptanteil der Tätigkeit der FRZ machten die monatlichen Kontrollen zur Ordnungs-mäßigkeit der
23 Buchführung aus. Sie beschäftigten sich damit, dass die Anforderungen an das Belegwesen beachtet wer-
24 den, die Kassenordnung eingehalten und über alle Bankbewegungen ein ordnungsgemäßer Nachweis geführt
25 wird. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei den Angaben zu den verwendeten finanziellen Mitteln, der
26 Unterschriftsberechtigung und -leistung verantwortlicher Genossinnen und Genossen des Stadtvorstandes
27 für die sachliche Richtigkeit und die Zahlungsanweisung, der Verwaltung des Geldes in der Kasse sowie der
28 Nachweisführung von Bareinzahlungen an die Bank. Unregelmäßigkeiten wurden bei den Prüfungen nicht
29 festgestellt.

30 Thematische Prüfungen, z. B. zum Parteivermögen, zu den Jahresabschlüssen, wurden mit der Schatzmeiste-
31 rin, Genossin Gladytz, zwecks rechtzeitiger Bereitstellung notwendiger Unterlagen abgestimmt. Zu allen Prü-

32 fungen lagen diese termingerecht zur Einsicht vor. Auftretende Fragen zu einzelnen Geschäftsvorgängen und
33 Entscheidungen des Stadtvorstandes Leipzig beantwortete sie stets bereitwillig und ausführlich.

34 Zum Jahresabschluss ist der Hauptanteil der Arbeit des SV Leipzig jeweils im Dezember mit der
35 termingerechten und vollständigen Abrechnung und richtigen Nachweisführung der Mittel für die politische
36 Arbeit von den OV, BO, Arbeits- und Interessengemeinschaften sowie Jugendgruppen zu leisten. Bei Kontrol-
37 len dazu sowie zu den Inventurunterlagen für die Vermögenswerte und zu Ausstattung der Geschäftsstelle
38 des SVL als Bestandteile des Jahresabschlusses konnte die Vollständigkeit der geforderten Unterlagen und
39 die termingemäße Erledigung der notwendigen Aufgaben auch gegenüber dem Landesvorstand Sachsen
40 bestätigt werden.

41 Die erarbeiteten Finanzpläne und Einnahmen-/ Ausgabenrechnungen konnten von der FRK bei ihren Prü-
42 fungen jeweils vor der Beschlussfassung auf den Tagungen des 1. Stadtparteitages beurteilt werden. Hin-
43 weise zur Erläuterung wichtiger Positionen wurden von der Schatzmeisterin bei der Begründung der Pläne
44 bzw. der Abrechnungen beachtet.

45 Bei Prüfungen der Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden konnten aussagefähige statistische Auf-
46 stellungen eingesehen werden, die die Aussagen und Schlussfolgerungen des SV Leipzig bei der Planung und
47 Abrechnung der Finanzen belegten und auch für Beschlüsse von Spendenaktionen, z. B. für den Wahlkampf,
48 herangezogen wurden. Das waren im Einzelnen Aufzeichnungen zur Mitgliederbewegung, der Beitragskassie-
49 rung, monatliche Übersichten der Geldeingänge und ihrer Zuordnung, gegliedert nach Mitgliedsbeiträgen und
50 Spenden je Mitglied sowie der Erfassung von Spenden nach einzelnen Projekten. Die Kontrolle der Einhal-
51 tung der Spendenordnung ergab, dass gesetzliche Regelungen und Festlegungen formell und inhaltlich be-
52 achtet wurden. Spenden und langfristige Geldanlagen wurden projektbezogen erfasst und eingesetzt. Die
53 Bereitstellung beschlossener Spendenmittel, z. B. zur Finanzierung des Bürgerentscheides „Stopp des Ver-
54 kaufes der Stadtwerke“ konnte nachgewiesen werden. Getroffene Feststellungen wurden nach allen Kontrol-
55 len mit der Schatzmeisterin sofort mündlich ausgewertet. Dem SV Leipzig wurde das entsprechende Proto-
56 koll übergeben. In den Gesprächen informierte Genn. Gladytz über finanzpolitische Entscheidungen des Lan-
57 des-vorstandes Sachsen und des SV Leipzig.

58 Die FRK führte die monatlichen und thematischen Prüfungen auf der Grundlage gemeinsam beratener und
59 bestätigter Halbjahrespläne durch. In den Beratungen wurden die Prüfungsprotokolle ausgewertet und über
60 Vorschläge diskutiert, wie deren Aussage weiter qualifiziert werden kann.

61 Den neu zu wählenden Mitgliedern empfehlen wir, die bisherigen Ergebnisse zu nutzen, um mit der Prüfungs-
62 tätigkeit künftige Aufgaben der Finanzarbeit des SV Leipzig effektiv und in hoher Qualität zu unterstützen.

63 Der vorliegende Rechenschaftsbericht wurde von den Mitgliedern der Finanzrevisionskommission gemein-
64 sam beraten und bestätigt.

65 Sie bitten die Genossinnen und Genossen des Stadtparteitages, den Bericht zu bestätigen und die Entlas-
66 tung von ihrer Funktion zu beschließen.

Antrag A.1.

1 Antragsteller: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig

Größe des Stadtvorstandes

3 Der 2. Stadtparteitag möge beschließen:

4 Der Stadtvorstand wird einer Größe von **15 Mitgliedern** gewählt.

Antrag A.2.

1 Antragsteller: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig

Größe der Schlichtungs- und der Finanzrevisionskommission

4 Der 2. Stadtparteitag möge beschließen:

- 5 1. Die **Schlichtungskommission** wird in einer Stärke von **fünf Mitgliedern** gewählt.
- 6 2. Die **Finanzrevisionskommission** wird in einer Stärke von **fünf Mitgliedern** gewählt.

Antrag A.3.

1 Antragsteller: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig

2 Der Stadtparteitag möge beschließen:

3 **„Original sozial!“**
4 **Acht-Punkte-Aktionsprogramm DIE LINKE. Leipzig für 2010**

5 Hinter uns liegt eine hoch konzentrierte und anstrengende Wahlkampfzeit. Nicht bei allen Wahlen des
6 Jahres 2009 erzielten wir die erhofften Resultate. Trotzdem gibt es keinen Grund, das in diesem Jahr
7 Erreichte und unser Engagement klein zu reden. Wir können durchaus stolz auf das sein, was wir
8 geleistet haben. Den Genossinnen und Genossen in den Stadtbezirksverbänden, den Ortsverbänden
9 und Basisgruppen gilt ebenso unser Dank wie den vielen Kandidatinnen und Kandidaten zu den vier
10 Wahlen auf verschiedenen Ebenen.

11 Die zurückliegenden Wahlen haben gezeigt, dass DIE LINKE nach dem erfolgreichen, aber keineswegs
12 schon abgeschlossenen Parteineubildungsprozess, auf allen politischen Ebenen fest etabliert ist, weil
13 eine Vielzahl von Wählerinnen und Wähler aus der vielschichtigen Leipziger Bürgerschaft verstanden
14 haben, was unsere Partei für sie erreichen kann. Die Wahlkämpfe und -ergebnisse haben uns aber
15 auch gezeigt, dass wir aus sehr verschiedenen Ursachen nicht mehr alles leisten können, was für eine
16 ständige Präsenz der Partei in der Öffentlichkeit notwendig ist. Mit dem vorliegenden
17 Aktionsprogramm wollen wir uns auf die künftigen Anforderungen an eine moderne sozialistische
18 Partei und eine zeitgemäße Wahlkampfführung einstellen. Und: Wahlen werden bekanntlich nicht
19 primär in Wahlkämpfen gewonnen, sondern durch kontinuierliche politische Arbeit zwischen den
20 Wahlen.

- 21 1. DIE LINKE in Leipzig organisiert in Zusammenarbeit mit den Ortsverbänden und
22 Zusammenschlüssen regelmäßig inhaltliche Veranstaltungen zu aktuellen politischen Themen.
23 Jeder Stadtbezirksverband wird mit Unterstützung des Stadtvorstandes mindestens
24 halbjährlich eine öffentliche Veranstaltung organisieren. Information und politische Wertung
25 werden eng miteinander verzahnt.
- 26 2. DIE LINKE in Leipzig schließt die Gründung von Stadtbezirksverbänden in den noch
27 verbleibenden fünf Stadtbezirken bis zum 31. Dezember 2010 ab.
- 28 3. DIE LINKE in Leipzig organisiert in allen Stadtbezirken regelmäßig stattfindende
29 Informationsstände.
- 30 4. DIE LINKE in Leipzig führt anlassbezogene Plakat-Kampagnen durch.
- 31 5. DIE LINKE in Leipzig baut den Kontakt zu Vereinen und Verbänden aus und ist bestrebt, den
32 Einfluss und die Präsenz der Partei durch die aktive Mitarbeit ihrer Mitglieder vor Ort zu
33 erhöhen. Dabei wird vor allem die Verankerung in sozialen Brennpunkten (geringe
34 Wahlbeteiligung, unterdurchschnittliche Ergebnisse für DIE LINKE) gesucht. Besondere

Antrag A.3.

- 35 Bedeutung hat darüber hinaus der vertiefte Kontakt zu unseren ausländischen Mitbürgerinnen
36 und Mitbürgern sowie zur Studentenschaft.
- 37 6. DIE LINKE in Leipzig führt auf Stadtbezirksebene regelmäßige Zusammenkünfte mit den
38 jeweiligen Stadträtinnen und Stadträten, den Ortschaftsräten, den Stadtbezirksbeiräten, den
39 Vorsitzenden der Organisationen der Basis sowie den zuständigen Wahlkreisabgeordneten des
40 Landtages durch.
- 41 7. DIE LINKE in Leipzig lädt regelmäßig, mindestens einmal im Halbjahr, zu einem zentralen
42 Neumitgliedertreffen ein und nutzt die Erfahrungen und Anregungen von neuen Mitgliedern
43 gezielt für die Verbesserung der Mitgliedergewinnung. Auf Stadtbezirksebene werden ähnliche
44 Beratungen angestrebt.
- 45 8. DIE LINKE in Leipzig organisiert mit der Projektbezeichnung „LINKS.hilft“ unter Einbeziehung
46 des Infomobils (linke Politik auf Rädern) eine flächendeckende - die Geschäftsstelle sowie alle
47 Wahlkreis- und Bürgerbüros einbeziehende - Sozialberatung.

Antrag A.4.

1 Antragsteller: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig

Für soziale Gerechtigkeit – demokratisch und nachhaltig 2 Sozialpolitische Leitlinien der DIE LINKE. Leipzig

3
4 Das Markenzeichen der LINKE. Leipzig in den Wahlkämpfen des Jahres 2009 war „Original Sozial“. Dies soll
5 und muss es auch weiter bleiben. Deshalb beschließen wir die nachfolgende Leitlinie für unser sozialpoliti-
6 sches Handeln:

7 Die Folgen der verhängnisvollen Agenda 2010 - Politik werden in Leipzig deutlich sichtbar:

- 8 • gravierende zunehmende Kinderarmut
- 9 • zunehmende prekäre Beschäftigung
- 10 • verfestigte Erwerbslosigkeit
- 11 • perspektivisch zunehmende Altersarmut

12 Dem müssen und wollen wir Einhalt gebieten!

13 Zur Bekämpfung dieser sozialen Schieflage muss die Zusammenarbeit des Stadtverbandes DIE LINKE. Leipzig
14 und deren Fraktion mit den außerparlamentarischen Kräften wie Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und den
15 Gruppen des Sozialprotestes weiter verstärkt und ausgebaut werden. Für die Gewinnung von Mehrheiten ist
16 der bündnispolitischen Zusammenarbeit in und außerhalb des Stadtrates Priorität einzuräumen.

17 Die sozialpolitischen Gestaltungsbedingungen für linke Kommunalpolitik unterliegen jedoch relativ engen
18 Grenzen, bestimmt durch europäische, Bundes- und Landesgesetze.

19 I. Grundsätze linker Sozialpolitik

20 ▪ Soziale Gerechtigkeit

21 Wir stehen für eine prinzipielle Veränderung der herrschenden Politik, die die Reichen immer reicher
22 und die Armen immer ärmer werden lässt. Gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums in
23 dieser reichen Republik ist das Markenzeichen linker Politik.

24 ▪ Soziale Nachhaltigkeit

25 Wir verstehen Sozialpolitik in ihrer Wechselwirkung von wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer
26 Entwicklung. Arbeit von der man leben kann, regionale Wirtschaftskreisläufe als Grundlage eines
27 nachhaltigen Wachstums, Unternehmen, die ökologisch arbeiten und soziale Verantwortung über-
28 nehmen – das ist die Basis sozialer Nachhaltigkeit.

29 ▪ Demokratische Mitwirkung und Mitbestimmung

30 Wir sind uns bewusst, dass noch ein langer Weg zu sozialer Gerechtigkeit vor uns liegt. Doch bereits
31 heute und hier gilt es, schrittweise mehr Gerechtigkeit zu erkämpfen. Dazu sind die Möglichkeiten

Antrag A.4.

32 demokratischer Mitwirkung und Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger konsequent zu nutzen
33 und auszuweiten. Selbst bestimmtes Leben bedingt aktive Teilhabe an politischen Entscheidungen
34 als Volkssouverän.

35 Wir unterstützen die gewerkschaftlichen Bemühungen um Stärkung aller Formen betrieblicher Mitbe-
36 stimmung.

37 ▪ Soziale Stabilität und Solidarität

38 Wir stehen für die Bewahrung und Förderung solidarischen Verhaltens und Handelns. Die Solidarität
39 mit den Schwachen ist ein Eckpfeiler der Demokratie, verleiht ihr soziale Stabilität. Soziale Ausgren-
40 zungen gefährden ihre Existenz.

41 **II. Sozialpolitische Schwerpunkte**

42 **1. Für die Sicherung öffentlicher Daseinsvorsorge**

43 Die LINKE. Leipzig sieht es als notwendig an, Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge in kommunalem
44 Eigentum zu behalten. Bedeutende städtische Unternehmen wie die Stadtwerke Leipzig, KWL, LVB und LWB
45 bieten qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze, die für zahlreiche Leipzigerinnen und Leipziger eine si-
46 chere Existenzgrundlage darstellen. Gewinne, die in den kommunalen Betrieben erwirtschaftet werden, flie-
47 ßen in den städtischen Haushalt ein, wovon alle Bürgerinnen und Bürger profitieren können. Wichtig für die
48 soziale Daseinsfürsorge ist der Erhalt von Sozial-, Jugend-, Senioren-, Kultur- und Gesundheitszentren in
49 kommunaler und freier Trägerschaft.

50 **2. Von Arbeit muss man leben können**

51 Infolge der neoliberalen Arbeitsmarktreformen und verschärften Zumutbarkeitskriterien bei der Arbeitssuche
52 entstanden in den letzten Jahren vorwiegend Arbeitsplätze, die auch bei Vollzeitarbeit keinen Existenz si-
53 chernden Verdienst für die Beschäftigten einbringen und meist unsicher sind. Solche Arbeitsverhältnisse
54 sind hauptsächlich im Handel, bei Zeitarbeitsfirmen, in der Reinigungsbranche aber auch bei Ansiedlungen
55 von Großunternehmen anzutreffen. Dadurch müssen in Leipzig immer mehr Menschen ergänzende Sozial-
56 leistungen beantragen, weil der Verdienst nicht zum Leben reicht.

57 Die LINKE. Leipzig hält diesen Zustand für beschämend und setzt sich dafür ein, dass in Zukunft nur noch
58 Unternehmensansiedlungen gefördert werden, die nachhaltig sichere Arbeitsplätze schaffen. An dieses Kri-
59 terium muss auch die Einrichtung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS) gekoppelt
60 werden.

61 Wir befürworten und unterstützen alle Aktivitäten zur Einführung eines Existenz sichernden gesetzlichen und
62 flächendeckenden Mindestlohnes.

63

Antrag A.4.

64 3. Für solidarischen Ausgleich in der Gesellschaft

65 Ein Grundanliegen linker Politik ist es, die Interessen sozial Benachteiligter zu vertreten und sie beim Kampf
66 um die Durchsetzung ihrer Forderungen zu unterstützen. Menschen mit eingeschränkten finanziellen Mög-
67 lichkeiten dürfen nicht vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Auf Initiative der LINKE. Leip-
68 zig wurden der Leipzig-Pass und das Sozialticket eingeführt, um es auch Menschen mit geringem Einkom-
69 men zu ermöglichen, am gesellschaftlichen Leben in der Stadt teilzuhaben.

70 Die LINKE. Leipzig wird dafür kämpfen, den Leipzig-Pass und das Sozialticket zu erhalten und sich für die
71 Erweiterung des Leistungsangebotes einsetzen, das mit dem Leipzig-Pass in Anspruch genommen werden
72 kann (z. B. Sozialtarife für Strom und Gas).

73 a. Erwerbslose unterstützen

74 Erwerbslosigkeit ist in Leipzig immer noch ein Massenproblem. Ein hoher Anteil der Erwerbslosen müssen
75 dabei mit ALG II auskommen. Die LINKE. Leipzig bietet soziale Beratung an und unterstützt Aktivitäten der
76 Betroffenen zur Selbstorganisation und Selbsthilfe. Für Erwerbslose, denen der erste Arbeitsmarkt ver-
77 schlossen bleibt, muss ein öffentlich geförderter zweiter Arbeitsmarkt (ÖBS) geschaffen werden, wo sinn-
78 volle Tätigkeiten mit Existenz sichernder Vergütung angeboten werden.

79 Damit Erwerbslose mehr Mitspracherechte bekommen, setzen wir uns für die Bildung eines Erwerbslosen-
80 beirates in der Stadt Leipzig ein. Die finanzielle Unterstützung der Erwerbsloseninitiativen muss erhalten
81 und ggf. verbessert werden.

82 Die LINKE. Leipzig unterstützt die Forderung nach einer bedarfsorientierten Grundsicherung von mindestens
83 500 € monatlich.

84 b. Kinder und Jugendliche fördern

85 Leipzig soll eine kinderfreundliche Stadt werden. Eine wesentliche Voraussetzung dafür bietet ein gutes Netz
86 von Betreuungseinrichtungen in Kindertagesstätten und Horten sowie Spielplätze und Freizeitangebote in
87 Wohnungsnähe. Kinder brauchen den Kontakt zu anderen Kindern, um gemeinsam zu spielen und soziale
88 Kompetenz zu erlernen. Bei Betreuungsplätzen für Kinder zwischen 0-3 Jahren gibt es Defizite, an deren Be-
89 seitigung gearbeitet werden muss. Ziel der Linken ist ein wohnortnaher Betreuungsplatz ohne Zugangsbe-
90 schränkungen für alle Kinder, deren Eltern eine Betreuung wünschen. Lange Wartezeiten oder das Auswei-
91 chen auf immer mehr Tagesmütter und -väter oder gar auf kommerzielle Einrichtungen sind für uns keine
92 zukunftsfähige Lösung.

93 Eine besondere Herausforderung ist die hohe Kinderarmut. Mehr als ein Drittel der Leipziger Kinder muss
94 von Sozialgeld leben, weil die Eltern erwerbslos sind oder ein zu geringes Einkommen haben. Die LINKE
95 kämpft dafür, dass kein Kind wegen finanzieller Not seiner Eltern benachteiligt wird. Schritte dazu sind ein
96 beitragsfreier Besuch von Kindertagesstätten und ein kostenloses Mittagessen in Kita und Schule.

Antrag A.4.

97 Kinder und Jugendliche müssen mehr Rechte und Gelegenheiten zur Mitbestimmung bei sie betreffenden
98 Vorhaben erhalten.

99 Wir treten deshalb für die Schaffung von Jugendstadtbezirksbeiräten und eines Kinder- und Jugendparlamen-
100 tes ein.

101 c. Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen

102 Obwohl die Gleichberechtigung der Geschlechter verfassungsrechtlich garantiert ist, ist die ungleiche Vertei-
103 lung von Lebenschancen nicht aufgehoben. Nach wie vor bestehen in allen gesellschaftlichen Bereichen
104 erhebliche Benachteiligungen von Frauen gegenüber Männern. Von wirklicher Chancengleichheit beider
105 Geschlechter kann keine Rede sein. Besonders Frauen im erwerbsfähigen Alter sind überdurchschnittlich in
106 Minijobs, ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen oder im Niedriglohnsektor tätig und verdienen bei glei-
107 cher Arbeit wesentlich weniger als ihre männlichen Kollegen.

108 Fragen der Frauenförderung müssen in allen Bereichen der Stadtverwaltung sowie bei den städtischen Ei-
109 genbetrieben und Beteiligungsunternehmen zur Pflicht werden. Ein wichtiger Schritt für eine tatsächliche
110 Gleichstellung ist die angemessene Beteiligung von Frauen in allen Gremien, Aufsichtsräten und Entschei-
111 dungsorganen in der Stadt Leipzig.

112 Die LINKE. Leipzig plädiert dafür, Frauenprojekte, insbesondere Frauengründerzentren, durch die Kommune
113 verstärkt zu fördern. Sie wird nicht hinnehmen, dass weitere Mittelkürzungen die Existenz der Vereine von
114 Frauen und Mädchen gefährden.

115 Besonders Frauen sind vielfältigen Formen von Gewalt ausgesetzt. Eine Erfolg versprechende Gewaltpräven-
116 tion erfordert Programme im gesamten Kinder- und Jugendbereich zur gewaltfreien Konfliktlösung und
117 Kommunikation. Weiterhin fordern wir flächendeckend Beratungsstellen und Beratungstelefone sowie aus-
118 reichende therapeutische Angebote für Gewaltopfer.

119 Die Leipziger Frauenhäuser müssen dauerhafte finanzielle Planungssicherheit erhalten.

120 d. Für die Gleichberechtigung von Lebensweisen

121 DIE LINKE. Leipzig tritt für die uneingeschränkte Gleichberechtigung der Lebensweisen von Schwulen, Les-
122 ben, Transgender, Inter-,Bi- und Heterosexuellen ein.

123 DIE LINKE. Leipzig wendet sich gegen jede Form der Diskriminierung: Sei es am Arbeitsplatz, in öffentlichen
124 oder privaten Institutionen oder anderen Bereichen. Sie tritt dafür ein, dass keine Lebensweise gegenüber
125 einer anderen bevorzugt oder benachteiligt wird.

126 e. Menschen mit Behinderungen wirksam unterstützen

127 Eine zukunftsorientierte Sozialpolitik muss darauf hinwirken, bestehende Nachteile von Menschen mit Be-
128 hinderungen auszugleichen und damit die Voraussetzungen schaffen, dass sie so normal wie möglich am
129 gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Antrag A.4.

130 Die LINKE. Leipzig wird auch künftig dazu beitragen, für Menschen mit Behinderungen die notwendigen
131 Rahmenbedingungen herzustellen, damit sie ein selbst bestimmtes Leben führen und über ihre Belange mit-
132 reden und mitentscheiden können. Der Anteil von Menschen mit Behinderungen beträgt ca. 12 % an der
133 Gesamteinwohnerzahl Leipzigs und liegt damit über dem Bundesdurchschnitt von 8 %. Das vorhandene Netz
134 an Beratungseinrichtungen, Vereinen und Selbsthilfegruppen für behinderte Menschen muss erhalten und
135 ausgebaut werden, um der Vereinzelung der Betroffenen entgegen zu wirken und ihnen die erforderliche
136 persönliche Unterstützung zu gewähren.

137 Zu fördern sind weiterhin integrative Kindertagesstätten und Schulen.

138 Die LINKE. Leipzig setzt sich dafür ein, in Leipzig Barrierefreiheit herzustellen.

139 **f. Vielfalt der Kulturen fördern und Integration ermöglichen**

140 Leipzig war immer eine weltoffene und gastfreundliche Stadt; das machte über Jahrhunderte ihr Flair aus.

141 Die LINKE. Leipzig setzt sich für die Gestaltung eines einträchtigen, friedlichen und auf gegenseitiger Ergän-
142 zung beruhenden Zusammenlebens mit MigrantInnen und SpätaussiedlerInnen ein. Sie tritt dafür ein, dass
143 diese als ebenbürtige Mitbürger angesehen und behandelt werden, als Mitbürger mit Rechten und Pflichten.

144 Die LINKE lehnt alle Versuche ab, MigrantInnen für soziale Konflikte und wirtschaftliche Not verantwortlich
145 zu machen.

146 **III. Wohnen ist Grundrecht**

147 In Leipzig befinden sich zahlreiche Wohnungen in kommunalem bzw. genossenschaftlichem Eigentum, das
148 soll auch so bleiben. Die Stadt hat über den Wohnungsbestand der LWB Einfluss auf das örtliche Mietpreis-
149 niveau und kann so sozial verträgliche Mieten gewährleisten. Durch ein umfangreiches Angebot von Woh-
150 nungen verschiedener Ausstattung und Größe in den meisten Stadtteilen kann auf unterschiedlichste An-
151 sprüche von Mietinteressenten reagiert werden, was auch einen Standortvorteil für Leipzig darstellt. Den-
152 noch gibt es Engpässe im Angebot von preiswertem Wohnraum.

153 Die LINKE. Leipzig setzt sich dafür ein, dass ein Mietspiegel in Leipzig verfügbar ist, der die tatsächlichen
154 Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt abzeichnet.

155 DIE LINKE. Leipzig fordert, dass sich die Richtlinien für die angemessenen Kosten der Unterkunft für die
156 Bezieher von Leistungen nach dem SGB II und dem SGB XII an den tatsächlichen Gegebenheiten des Leipzi-
157 ger Wohnungsmarktes orientieren und diese vom Stadtrat zu beschließen sind.

158 Wir lehnen verordnete Umzüge ab, wenn sie eine soziale Härte darstellen oder durch die Stadt keine ange-
159 messene Ersatzwohnung nachgewiesen werden kann. Neben der schweren Belastung für die Betroffenen
160 gefährden sie den sozialen Frieden und begünstigen das Entstehen ungesunder Sozialstrukturen in einzelnen
161 Wohngebieten.

Antrag A.4.

162 Weiterhin muss ein ausreichender, am Bedarf orientierter Bestand an bezahlbaren senioren- bzw. behinder-
163 tengerechten Wohnungen im Stadtgebiet von Leipzig geschaffen werden.

164 IV. Bildung auf hohem Niveau für alle (Chancengleichheit)

165 Es gibt kaum einen Bereich, der die Entwicklung von Menschen so nachhaltig beeinflusst und prägt, wie
166 Schule und Bildung. Daher sind Kindertagesstätten, Schulen, berufsbildende und weitere Bildungseinrich-
167 tungen mehr denn je unverzichtbarer Bestandteil sozialer Daseinsvorsorge. Bildung ist Voraussetzung für ein
168 selbst bestimmtes Leben, für gesellschaftliche Teilhabe, für ein von Toleranz geprägtes Zusammenleben.

169 Es ist nicht zu akzeptieren, dass der Zugang zu Bildung vom Status der sozialen Herkunft und dem Vermögen
170 der Eltern bestimmt wird. Die verfassungsrechtlich verbrieftete Lehr- und Lernmittelfreiheit ist konsequent zu
171 gewährleisten.

172 Kindertagesstätten als Orte der Bildung und Erziehung haben einen eigenständigen Bildungsauftrag.

173 Die Sanierung und der Neubau von Schulen und Kindertagesstätten hat Vorrang vor Straßenbau.

174 V. Für ein leistungsfähiges Gesundheitswesen

175 Für die LINKE bleibt es unverzichtbarer Grundsatz, dass allen Bürgerinnen und Bürgern, unabhängig von Alter
176 und Einkommen, ein Gesundheitssystem zur Verfügung stehen muss, dass ihnen die notwendigen Leistun-
177 gen zur Verhinderung, Eindämmung und Heilung von Krankheiten garantiert.

178 Die LINKE. Leipzig fordert: Keine Mehrklassenmedizin – gleiche, aber gute Qualität der gesundheitlichen
179 Versorgung für alle; sowie Förderung des Ausbaus von Polikliniken in den Stadtteilen.

180 Im Vergleich zum ländlichen Raum gehört Leipzig zu den Gebieten mit einem überdurchschnittlichen Be-
181 stand an Ärzten und medizinischen Einrichtungen. Trotzdem besteht auch hier ein wachsender Ärztemangel,
182 besonders bei Fachärzten. Deshalb muss es auch in unserer Stadt verstärkt um die Gewinnung von ärztli-
183 chem Nachwuchs und medizinischem Pflegepersonal gehen. Keinerlei weitere Stellenkürzungen darf es im
184 öffentlichen Gesundheitsdienst geben, um vor allem auf dem ohnehin eher vernachlässigten Gebiet der Prä-
185 vention keine weitere Verschlechterung zuzulassen.

186 Die LINKE. Leipzig setzt sich für den Erhalt und die Stärkung kommunaler Gesundheits- und Sozialeinrich-
187 tungen, insbesondere des städtischen Klinikums St. Georg, ein.

188 Unser besonderes Augenmerk gilt der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Viel mehr Aufmerksamkeit
189 muss der gesundheitlichen Betreuung von Kindern aus Elternhäusern mit niedrigem Einkommen gelten. Die
190 zunehmende Kinderarmut ist auch in Leipzig mit katastrophalen Folgen für die körperliche und seelische
191 Gesundheit dieser Kinder verbunden. Zu verstärken sind die Anstrengungen auf dem Gebiet des gesundheits-
192 lichen Verbraucherschutzes.

193

Antrag A.4.

194 VI. Würdevolles Leben im Alter

195 Seniorinnen und Senioren dürfen nicht als Kostenfaktoren in der Gesellschaft betrachtet werden, sie sind
196 unverzichtbare Quellen an Erfahrungen und Wissen. In Zukunft werden sie wegen des demografischen Wan-
197 dels eine noch wichtigere Rolle in der Gesellschaft einnehmen, weshalb ihnen stärkere Selbst- und Mitbes-
198 timmungsrechte zukommen müssen.

199 Rund ein Fünftel der Leipzigerinnen und Leipziger ist älter als 65 Jahre. Der Anspruch der Linken besteht
200 darin, bei der Schaffung solcher Rahmenbedingungen mit zu wirken, die es älteren Menschen so lange wie
201 möglich gestatten, im vertrauten Wohnumfeld zu leben. Aufgrund der von der Bundesregierung beschlosse-
202 nen unsolidarischen Rentengesetze werden in Zukunft immer mehr Seniorinnen und Senioren von Altersar-
203 mut bedroht sein, weil die Netto-Renteneinkommen sinken. Es ist notwendig, ein ausreichendes Angebot an
204 bezahlbaren seniorengerechten Wohnungen in der Stadt vorzuhalten und über Hilfen (z.B. Wohngeld oder
205 Zuschüsse für den barrierefreien Umbau von Wohnungen) zu informieren, damit diese in Anspruch genom-
206 men werden können. Weiterhin müssen wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten, ein gut ausgebautes Nahver-
207 kehrsnetz erhalten und eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung gewährleistet sein. Wir möchten älte-
208 re Menschen ermutigen, ihre Rechte viel offensiver einzufordern und auch an politischen Entscheidungspro-
209 zessen viel aktiver teil zu nehmen. Seniorenbegegnungsstätten sollen erhalten und finanziell gesichert wer-
210 den.

211 Wir setzen uns dafür ein, dass die häusliche Versorgung und Pflege nachhaltig verbessert wird. In Heimen
212 wie in der häuslichen Pflege ist deshalb entsprechendes Fachpersonal zu beschäftigen. Der Ausgrenzung der
213 Seniorinnen und Senioren aus der Gesellschaft ist entgegenzuwirken, ihre Würde ist zu wahren, ihre optima-
214 le Versorgung ist zu sichern.

215 Die LINKE. Leipzig setzt sich für eine Stärkung der Rolle des Seniorenbeirates und dafür ein, dass dieser eine
216 beratende Stimme im Stadtrat erhält.

217 VII. Für freien Zugang zu Kultur und Sport

218 Die LINKE. tritt dafür ein, dass Leipzig eine Stadt mit einem vielfältigen kulturellen und sportlichen Leben
219 bleibt. Sowohl Einrichtungen der Hochkultur als auch der Basiskultur tragen zur Anziehungskraft unserer
220 Stadt bei. Dies muss so bleiben, da kulturelle Vielfalt ein maßgeblicher Bestandteil sozialer Funktionalität
221 einer Großstadt ist. Öffentliche Förderung muss die gesamte Breite künstlerischer und kultureller Tätigkeit
222 einschließen. Die LINKE. setzt sich für den Erhalt der gewachsenen kulturellen Substanz, für die Förderung
223 von alternativen Kulturformen und -einrichtungen, für ein bezahlbares Angebot, das allen sozialen Schichten
224 deren Nutzung sowie Selbstbetätigung ermöglicht, ein.

225 Eine angemessene sportliche Betätigung bedeutet für viele gesundheitliche Vorsorge, Erhalt der körperlichen
226 und geistigen Leistungsfähigkeit, eine sinnvolle und anregende Freizeitgestaltung sowie Erfolgserleben und
227 Selbstverwirklichung.

Antrag A.5.

1 Antragsteller: Dr. Andreas Willnow

2

Antrag

3 Der Stadtparteitag möge beschließen:

4 „Der Stadtvorstand wird beauftragt,

5 1. vor dem Hintergrund der gestiegenen Bedeutung der Klimaschutzproblematik Veranstaltungen, Diskussi-
6 onen und Foren der Partei bzw. ihrer Stiftung zu den Fragen der globalen Erderwärmung, ihren Folgen und
7 den (mangelhaften) Ergebnissen von Kopenhagen anzustoßen bzw. zu initiieren,

8 2. die Erarbeitung umweltpolitischer Leitlinien auf Stadtebene in Auftrag zu geben bzw. durchzuführen,

9 3. eine kritische Diskussion über die Angemessenheit der Umweltzone in der Partei anzustoßen, da zu fragen
10 ist, inwieweit diese zur Ausgrenzung von einkommensschwacher Personen oder/und zur Umweltentlastung
11 führt,

12 4. Anträge, Beschlüsse und Einladungen der Stadtpartei in Zukunft (mit Ausnahmen von Analysen- und
13 Chronikheften) ausschließlich auf umweltschonendem Papier zu drucken, um einen Beitrag zum Umwelt-
14 schutz zu leisten.“

Begründung:

16 Vor dem Hintergrund des Klimagipfels in Kopenhagen und der globalen Erderwärmung haben ökologische
17 Fragen an Bedeutung gewonnen. Deshalb gewinnen ökologische Fragen an Gewicht, die DIE LINKE (aus-
18)diskutieren sollte, da zu diesen Fragen Aufklärungsbedarf besteht. Andererseits ist zu fragen, ob manche
19 Instrumente (z. B. die Umweltzone) tatsächlich angemessen sind oder zu sozial unerwünschten Auswirkun-
20 gen führt. Zu dieser und zu anderen Fragen (bspw. Fahrradverkehr in der Innenstadt) besteht Diskussions-
21 bedarf, der ausdiskutiert werden muss, damit es nicht nur zu ad-hoc-Entscheidungen kommt.